

# Googles scheinheiliger Kampf für die Menschenrechte in China

und seine Hintergründe<sup>1</sup>.

Von Marie Ringel

Die Nachricht von Googles Kampfansage an China war am 14. Januar die große Schlagzeile der westlichen Politgemeinschaft. Demnach erwägt Google, der Weltkonzern mit der für jeden PC-Anwender unverzichtbar gewordenen Suchmaschine, angeblich den Rückzug aus China. Warum? Vordergründig, weil die E-Mailkonten, die chinesische Menschenrechtler und deren Sympathisanten bei Google eingerichtet hatten, von „Hackern“ geknackt worden sind. Als selbstverständlich wurde unterstellt, daß diese Hacker im Auftrag der chinesischen Regierung handelten, wenn nicht sogar chinesische Behörden selbst dahinter stecken. Deswegen wolle Google nicht mehr die von der Chinesischen Regierung verordnete Zensur durchführen.

Diese Nachricht hat die Kenner der Internet-Szene nicht wenig verblüfft, denn mit Google beklagte sich ein internationaler Großkonzern über Menschenrechtsverletzungen, der in letzter Zeit selbst von den Medien und von Menschenrechtsorganisationen in wachsendem Maß der rücksichtslosen Verletzung der Menschenrechte bezichtigt worden war.

Das schien mit einem Mal vergessen zu sein! Jetzt, da der Konzern China beschuldigt hatte, meldete sich die ungezählte Heerschar der nichtstaatlichen und halbstaatlichen Organisationen (neudeutsch: Non Government Organisations), die von manch westlicher Regierung unterwandert und gern für ihre Zwecke mißbraucht werden, um ein weltweites Anklagegeheul anzustimmen. So berichtet „Die Frankfurter Allgemeine Zeitung“<sup>2</sup> unter dem Titel „Google bietet Chinas Zensur die Stirn“ z.B.: *„International tätige Menschenrechtsorganisationen begrüßten die Entscheidung von Google und forderten andere westliche Unternehmen auf, dem Beispiel zu folgen. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ teilte mit: „Endlich hat ein ausländisches IT -Unternehmen seine Verantwortung gegenüber chinesischen Internetnutzern angenommen. Human Rights Watch wertete den Protest von Google gegen die Zensur als „großen Schritt zum Schutz der Menschenrechte im Internet“.* Es hatte fast den Anschein, als hätten diese diversen Organisationen nur auf dieses Signal gewartet!

Gerade einmal eine Woche vorher hatte das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ noch ganz anders über Google geurteilt<sup>3</sup>. Demnach *erfährt Google mittels seiner Suchprogramme oft mehr über die Nutzer, als diese selbst über sich wissen, weshalb sich für die Freunde des Datenschutzes Abgründe auftun“* (Seite 59). Wie das geschieht erfährt man auch im Spiegel: Mittels der Google – Nachrichten (Google News) erfährt man in der Google Zentrale z.B. was den Leser interessiert, woraufhin er gezielt mit

---

<sup>1</sup> Die Ereignisse, die in diesem der Artikel analysiert werden, sind erst 4 Wochen alt, doch in der Tagespolitik sind sie schon längst in den Hintergrund getreten. Das Schema aber, nach dem die Kampagne abgspult wurde, ist weder veraltet noch sollte man es vergessen. Es wiederholt sich seit vielen Jahrzehnten: Ein unliebsamer Staat, ein „Bösewicht“ oder „Schurkenstaat“ wird ausgesucht und in der veröffentlichten Weltmeinung an den Pranger gestellt. Die „veröffentlichter Weltmeinung“ ist allerdings nur die uniforme veröffentlichte Meinung in den Staaten der „Westliche Wertegemeinschaft“.

<sup>2</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.01.2010 Seite 1.

<sup>3</sup> Der Spiegel Nr. 2 vom 11.01.2010, Seite 58 ff.

entsprechender Werbung geködert werden kann. Das Gemeine dabei ist, daß die Benutzung der Suchmaschine für den Benutzer kostenlos ist, aber Google läßt sich das Suchen sehr gut bezahlen! Von der Wirtschaft, die den Suchenden mit gezielter Werbung begleitet. Diese Art der Werbung ist effizienter als alle herkömmlichen Werbeträger. Und Google ist aufgrund der unerhörten Vielzahl der Suchnachfragen<sup>4</sup> in der Lage, die Suchenden in Gruppen einzuordnen, die es dem Unternehmen mittels mathematisch – statistischer Berechnungen erlauben, über den Benutzer von Google - Programmen so viel zu erfahren, daß dies der Fähigkeit, mal eben ihren Hirninhalt auszudrucken, schon ziemlich nahe kommt“ (Der Spiegel, Seite 61).

Eric Schmidt, der Vorstandsvorsitzende von Google rechtfertigte die Arbeitsweise des Unternehmens mit der Feststellung: „*Je mehr wir über Sie wissen, desto besser können wir die Resultate auf Sie zuschneiden.*“ In seiner Überheblichkeit ging er noch weiter und sagte: *„Wenn es etwas gibt, von dem Sie nicht wollen, dass es irgendjemand erfährt, sollten Sie es vielleicht gar nicht erst tun.“* (Der Spiegel, Seite 61). Als die EU-Datenschützer die lange Speicherung der IP - Adressen<sup>5</sup> kritisierten, kam Google ihnen entgegen und versprach, sie künftig schon nach 9 Monaten (!) zu löschen. Im übrigen verwies man die EU darauf, daß sie rechtlich in der Frage gar nicht zuständig sei, *da die eigentliche Datenverarbeitung schließlich in den Vereinigten Staaten stattfindet* (Der Spiegel, Seite 62). Und da liegt „der Hase im Pfeffer“, denn –das mußte sogar Der Spiegel offen einräumen – in den USA „unterliegt Google dem „Patriot Act“, dem Anti-Terror-Gesetz, das jede Firma verpflichtet, den Ermittlungsbehörden auf Anfrage Nutzerdaten herauszugeben - auch ohne die Betroffenen“.<sup>6</sup>

Google stand jedenfalls, bevor der Konzern die Verletzung der Menschenrechte und die Zensur in China öffentlich anprangerte in einem denkbar schlechten Ruf in der Öffentlichkeit und in den Medien der „Westlichen Welt“, die sich früher auch als die „Freie Welt“ bezeichnet hatte. Liegt es da nicht nahe zu fragen, ob sich Google mit einem wohl überlegten „Befreiungsschlag“, einem „PR-Gag“<sup>7</sup>, seinen geschädigten Ruf wieder herstellen wollte, so nach dem Motto haltet den Dieb? Hat es so etwas in der Geschichte – nicht nur in der Geschichte von Unternehmen – nicht schon gelegentlich gegeben? Hat der Weltmarktführer bei den Suchmaschinen so etwas überhaupt nötig?

Ja er hatte es nötig, denn er war

- (1) immer mehr unter politischen Druck der Öffentlichen Meinung geraten und er hatte, obwohl in der ganzen Welt erfolgreich,
- (2) in China sein Ziel, „Marktführer“ zu werden, kläglich verfehlt!

## **Google verfehlt seine Marktziele in China**

Die Frage, ob Google nicht einen PR-Feldzug inszeniert hat, wurde weltweit von den Kennern der Szene gestellt: Schon am gleichen Tag, als Google China attackierte, also am 14.01.2010 stellt die Frankfurter Allgemeine Zeitung<sup>8</sup> die Frage: „*Oder hat Google*

---

<sup>4</sup> Das Marktforschungsunternehmen Comscore ermittelte, daß jeden Tag 4 Milliarden Suchanfragen in aller Welt gestellt werden, in Deutschland sind es etwa 180 Millionen Suchfragen pro Tag (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.01.2010 Seite 17).

<sup>5</sup> Computer-Nummer des Suchmaschinenbenutzers, über die er eindeutig identifiziert werden kann.

<sup>6</sup> Vgl. „Der Spiegel“, a.a.O, Seite 63.

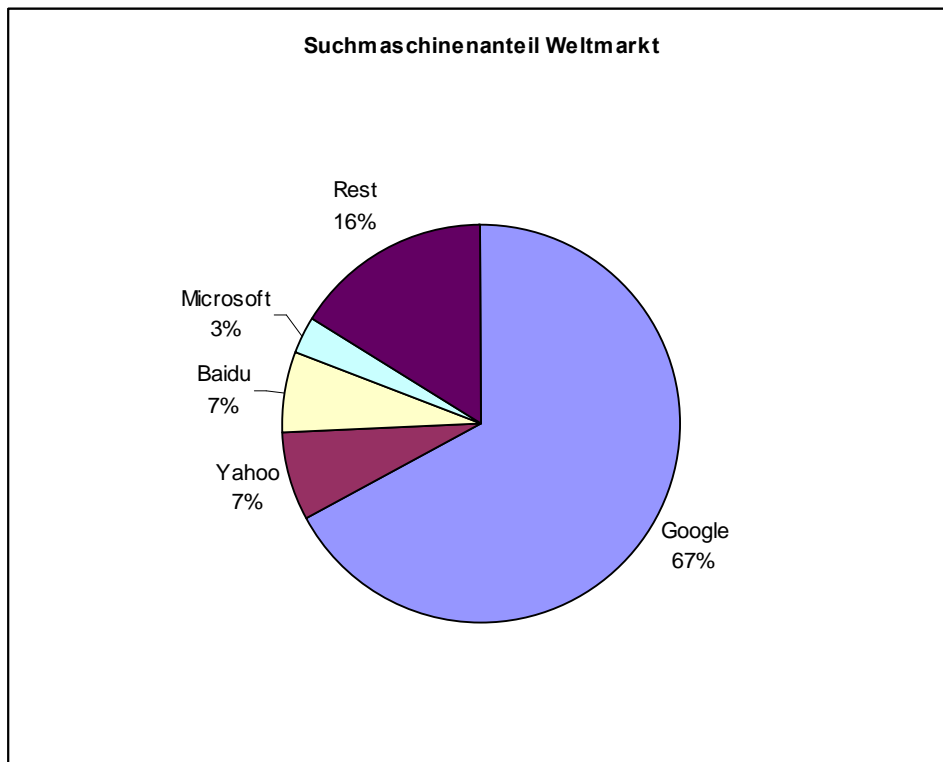
<sup>7</sup> PR: Public - Relation, zu Deutsch Öffentlichkeitsarbeit von Unternehmen, mit der sie versuchen, in der Gesellschaft einen guten Ruf zu erlangen oder wieder zu erlangen.

<sup>8</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.01.2010 Seite 1.

die Angriffe nur genutzt, um seinen angekratzten Ruf vor aller Welt öffentlichkeitswirksam aufzubessern? Am Tag danach wurde die Frage noch deutlicher formuliert<sup>9</sup>: „Einige Internetnutzer rätselten über die Motive des amerikanischen Konzerns für seinen plötzlichen Bruch mit der bisherigen Praxis. Sie vermuten, daß die Firma mit ihren Geschäften in China nicht zufrieden ist und die Hackerattacken nur vorschiebt, um ihr Image in den westlichen Ländern aufzupolieren.“

Daß diese Frage sogar in den Leitmedien – aber nicht in der Überschrift, sondern nur ganz beiläufig – gestellt wird, beweist, daß sie zu Recht aufgeworfen wird. Sie weist auf das eigentliche Handlungsmotiv des Google – Managements hin:

Google ist Weltmarktführer auf dem Gebiet der Suchmaschinen, mit deutlichem Abstand vor allen anderen Konkurrenten. Jeden Tag werden 4 Milliarden Suchanfragen in aller Welt gestellt, in Deutschland sind es täglich etwa 180 Millionen. Google hat seinen Marktanteil 2009 auf 67 Prozent erhöht. Die in Europa bekannten Konkurrenten Yahoo und Bing (Microsoft) sind nahezu bedeutungslos, wie nachstehende Tabelle und Graphik zeigen<sup>10</sup>:



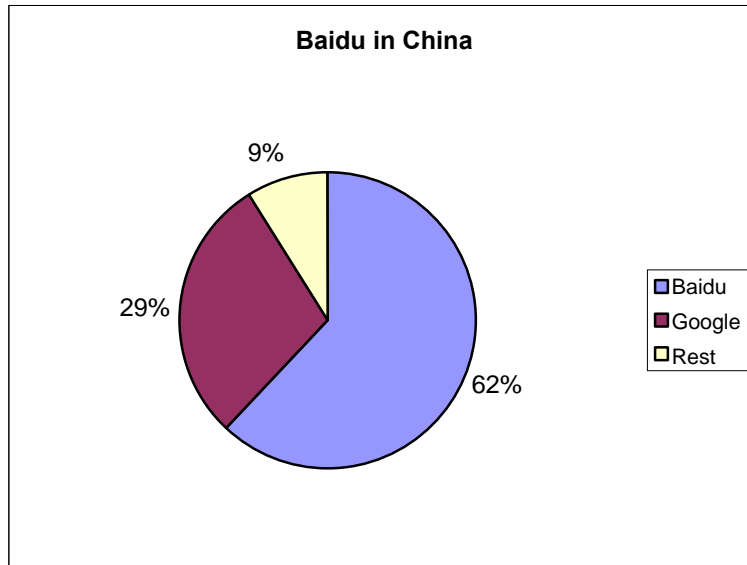
In der Graphik kommt auch der Name Baidu vor, den in Deutschland kaum jemand kennt. Es ist der chinesische Suchmaschinen-Anbieter, der auf seinem Heimatmarkt eine ähnliche „Quasi-Monopolstellung“ wie Google auf dem Weltmarkt hat. In China haben mehr als 360 (!) Millionen Menschen Zugang zum Internet! Dieser Markt mußte natürlich die Begierde des US-Giganten Google wecken, der glaubte, dort in gleicher Weise den Markt erobern zu können, wie den übrigen Weltmarkt. Seit 2006 hatte Google versucht, auf dem chinesischen Markt vorzudringen. Dabei hatte das Unternehmen aber nur mäßigen Erfolg, obwohl das Management keinen Dollar gescheut hatte, die teuersten und besten Experten für den China-Markt der Konkurrenz abzukaufen. Wie lukrativ der

<sup>9</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.01.2010 Seite 5

<sup>10</sup> Zahlen aus Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.01.2010 Seite 17.

chinesische Markt ist, zeigen die Zahlen aus dem dritten Quartal 2009, wo Baidu seinen Umsatz um 39 Prozent, auf umgerechnet 128 Mio. Dollar und den Gewinn um 42 Prozent auf umgerechnet 72 Mio. Dollar steigern konnte.

Bis Ende 2009 hatte Google in China ganze 29 Prozent des Suchmaschinenmarktes erobern können<sup>11</sup>. Die Verteilung der Marktanteile zeigt nachstehendes Diagramm.<sup>12</sup>



Angesichts der Umsatz- und Gewinnperspektiven, den der chinesische Markt bietet, wäre es ein Wunder, wenn Google freiwillig – wegen der Verletzung der Menschenrechte – auf die stetig anwachsenden Gewinnquellen in China verzichten würde.

Google ist es mit seiner spektakulären Menschenrechtskampagne gelungen, die anschwellende Kritik von sich weg auf China umzulenken. Bereits drei Wochen nach dem PR-Gag war alles in Vergessenheit geraten und die Medien sind auch gar nicht erbost, weil Google seine Drohung nicht wahr macht, sich aus dem China-Geschäft zurückzuziehen. Das Grundgesetz des Kapitalismus – die Profitgier – ist weit stärker als die vorgegaukelten Menschenrechte, an die sich die Ankläger selbst nicht halten.

### **Wie schwer wiegt der Vorwurf der Zensur?**

Die Profitgier war es auch, die seit dem Zeitalter des Kolonialismus der politischen Machtausdehnung der Imperialmächte diente. Daran hat sich nichts geändert. Die damalige Handlungsschablone, mit Kanonenbooten den Zugang zu fremden Ländern und Märkten zu erzwingen, hat man allerdings verfeinert. Mit dem Handel will man die fernen Länder nicht mehr als Kolonien dem eigenen Imperium eingliedern, aber man will ihnen das eigene politische System und die westlichen Werte und die damit verbundenen kulturellen Verfallserscheinungen überstülpen. Und wer sich dagegen zur Wehr setzt, dem droht man genau so Gewalt an wie vor zwei- oder dreihundert Jahren. Der Normalbürger in Deutschland mag diese Aussagen vielleicht nicht glauben oder sie für übertrieben halten, aber er sollte einmal sich selbst und seinen womöglich nur eingebildeten kritischen Verstand anhand der Fakten überprüfen, die ihm die große und kleine Politik eigentlich täglich liefert. Diese Fakten, die im Trubel der Meinungsmache

---

<sup>11</sup> Google erreicht in Deutschland (mit seiner Werbung) dagegen mehr als 90 Prozent der 40 Millionen Internetnutzer.

<sup>12</sup> Zahlen aus Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.01.2010 Seite 11.

untergehen, trügen nicht. Lassen wir für die konkrete Analyse die US-Außenministerin Hillary Clinton sprechen, die das von Google in China inszenierte Theater zum Anlaß nahm – als hätte sie darauf gewartet – den Standpunkt der USA an die Öffentlichkeit zu tragen:

*„Diejenigen, die „den freien Informationsfluß in unserer Gesellschaft oder in einer anderen unterbrechen, bedrohen unsere Wirtschaft, unsere Regierung und unsere Zivilgesellschaft“ – eine Bedrohung, der die Vereinigten Staaten von Amerika von nun an entgegenzutreten werden“<sup>13</sup>. Zu diesem Zweck wird das amerikanische Außenministerium mindestens 15 Millionen Dollar für die Verteidigung der freien Meinungsäußerung im Internet bereitstellen. Weiter fuhr die Außenministerin fort: „Da die Vereinigten Staaten „die Wiege“ des Internets seien, hätten sie eine besondere Verantwortung, für die Sicherheit und Freiheit im Netz zu sorgen. In Zeiten einer „vernetzten Welt kann ein Angriff auf das Netzwerk eines Landes ein Angriff auf alle sein“. Sie forderte von amerikanischen Unternehmen, „politisch motivierte Zensur“, wie sie in autoritären Staaten üblich sei, nicht hinzunehmen“<sup>14</sup>.*

Was würde das politisch Establishment in den USA wohl sagen, wenn ein anderer Staat dieser Erde sich derart drohend und aggressiv in die inneren Angelegenheiten der USA einmischen würde? Diese Frage stellt sich für die Menschen der Westlichen Welt nicht, weil man ihnen eine Brille verpaßt hat, durch die sie alles in den Farben und Werten der „Westlichen Wertegemeinschaft“ sehen und sich trotzdem einbilden, ihre Sicht sei die einzig richtige! Doch in China sehen das die Menschen anders. Sie haben jene Brille nicht auf der Nase. Die Öffentlichkeit – auch die angeblich regimekritischen Intellektuellen – sehen in Clintons Worten eine Ignoranz der anderen Kultur und ihrer Werte und eine Anmaßung des Westens. Die englischsprachige chinesische Zeitung Global Times<sup>15</sup> mahnte, *„die öffentliche Meinung der Chinesen zu respektieren“*. Und was tut die US-Botschaft in China? Sie beginnt in China eine „Parallelöffentlichkeit“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) aufzubauen, in dem sie regimekritische chinesische Intellektuelle zur Diskussion über die Clinton-Rede einlädt. Man stelle sich einmal vor, der chinesische Außenminister würde die USA der Rassenpolitik beschuldigen – Vorfälle dieser Art gibt es ja täglich – und danach würde der Chinesische Botschafter mit einer Gruppe auserwählter Schwarzer über die Angelegenheit diskutieren! Für einen durch die Westliche Wertegemeinschaft verblendeten Bürger ist das unvorstellbar. Gerade dies aber sollte ihm die Augen dafür öffnen, was da wirklich geschieht.

Doch kommen wir auf die neben der Ausspähung der Google - Email Konten zentrale Frage der Zensur. Wie funktioniert sie eigentlich in China und steht es der Westlichen Welt wirklich an, sie zu verurteilen?

Bei dem Anklicken politisch nicht erlaubter Internetseiten erscheint nicht die gewünschte Seite, sondern eine Fehlermeldung am Bildschirm. Und wie ist das in Deutschland? Lassen wir die Frankfurter Allgemeine Zeitung diese Frage beantworten<sup>16</sup>: *„Google unterdrückt auch in Deutschland manchmal Ergebnisse in seiner Suchmaschine, wenn das rechtlich geboten ist. Das kann etwa rechtsextremistische oder pornographische*

---

<sup>13</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.01.2010 Seite 25.

<sup>14</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.01.2010 Seite 5.

<sup>15</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.01.2010 Seite 25

<sup>16</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.01.2010, Seite 2.

*Seiten betreffen.*“ Es gibt Menschen in Deutschland, die das nicht wissen und auch nicht glauben mögen. Doch es ist Fakt!

Wir wollen dieser Tatsache noch eine kleine Wertung hinzufügen: „Rechtlich geboten“ heißt gegen deutsches Recht verstoßend. Mit gleichem Recht könnte man in China sagen, daß die Zensur nach chinesischem Recht geboten, also legal ist. Wobei allerdings noch ein weiterer wesentlicher Gesichtspunkt zu berücksichtigen ist: Die rechtsextremistischen Seiten in Deutschland müssen sich gar nicht gegen das bestehende politische System in Deutschland richten, es genügt, wenn dort die Meinung vertreten wird, daß historische Geschehnisse vor 70 Jahren nicht so geschehen sind, wie sie heute amtlich dargestellt werden.

Wie würde der deutsche und demokratische Rechtsstaat erst reagieren, wenn es tatsächlich eine Gruppe von Staatsfeinden gäbe, die vom Ausland unterstützt, das System unterlaufen und beseitigen wollten?

© [www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de) 20.02.2010